Wormser Zeitung.

Enthält zugleich die amtlichen Verfügungen für den Kreis Worms und die gerichtlichen Anzeigen vom Gr. Bezirksgerichte Alzey.

Nr. 200. Samstag, den 1. December **1866.**

Deutschland.

Mainz, 29. Nov. (Hess. L.-Z.) Der Federkrieg, welcher hier der Wahlen wegen ausgebrochen ist, hat einen höchst ungünstigen Eindruck gemacht. Man fühlt sich durch die geführte Polemik keiner Partei näher gerückt und hätte weit lieber gesehen, wenn dieser Zwiespalt nicht ausgebrochen wäre. Eine Verständigung ist bis dahin nicht zu erreichen gewesen, sondern die Kluft, welche hier besteht, ist größer geworden und es dürfte wohl auch in der elften Stunde keine Vereinigung mehr zu erwarten sein.

Die Mainzer Ztg. schreibt: Soweit wir die bis jetzt vollendeten Wahlmännerwahlen übersehen können, wird das Ministerium in der neuen Kammer mit Hilfe der sechs Adeligen die Majorität erlangen. Von den 16 Abgeordneten der Provinz Starkenburg werden nur drei bis vier (Offenbach, Umstadt, Waldmichelbach und vielleicht noch Langen) der Fortschrittspartei angehören, die 12 oder 13 übrigen der ministeriellen Partei. In der Provinz Oberhessen scheinen beide Parteien gleich stark zu sein; der freisinnigen Partei scheinen nur 5 Wahlbezirke sicher (Gießen, Staufenberg, Friedberg, Grünberg, Nidda), zwei oder drei sind noch zweifelhaft. In sieben Wahlbezirken kann das Ministerium auf die Mehrheit zählen. Anders freilich liegen die Dinge in der Provinz Rheinhessen. Unter ihren Abgeordneten wird sich wahrscheinlich ein einziger Ministerieller befinden. Hiernach dürfte die Fortschrittspartei im Ganzen 18 bis 20 Abgeordnete durchsetzen, das Ministerium ebenfalls 18 bis 20. Die 6 Adeligen werden also mit den paar Altliberalen den Ausschlag geben können.

In Osthofen gingen die Wahlmänner der Fortschrittspartei mit großer Majorität aus der Wahlurne hervor.

Im Wahlbezirke Nieder-Olm ist Bezirksgerichtsrath Dr. Röder zu Mainz zum Abgeordneten gewählt worden.

In dem Wahlbezirk Lauterbach wurde der seitherige Abgeordnete Wadsack, Mitglied der Fortschrittspartei, wieder gewählt.

Im fünften Wahlbezirk der Provinz Oberhessen wurde Oberförster Haberkorn von Windhausen, im ersten Wahlbezirk der Provinz Starkenburg Beigeordneter Kolbe, Knopffabrikant zu Bessungen, und im dreizehnten Wahlbezirk dieser Provinz Landrichter Schäfer zu Gernsheim gewählt.

Darmstadt, 27. Nov. An die Stelle des früheren k. k. Gesandten Frhr. v. Brenner ist vor der Hand nur ein Geschäftsträger, Hr. v. Hoyos, getreten.

Mit dem 29. ds. ist ein Wechsel in der Redaction bei der Hessischen Landeszeitung erfolgt. An die Stelle des Hrn. H. Becker, der seinen gezwungenen Rücktritt in einer öffentlichen Erklärung einen „unerhörten Rechtsbruch" nennt, ist Hr. C. F. J. Leske getreten.

Dresden, 28. Nov. Das „Dresdener Journal" veröffentlicht eine Ministerverordnung, welche die unverzügliche Aufstellung der Wahllisten zum Reichstage des norddeutschen Bundes anordnet. — Die Kammer der Abgeordneten genehmigte in ihrer heutigen Sitzung einstimmig den Friedensvertrag mit Preußen und ermächtigte die Staatsregierung zur Ausführung der Vertragsbestimmungen. Ferner genehmigte sie das Expropriationsgesetz behufs Herstellung der Eisenbahnlinie Leipzig-Pegau-Zeitz laut Vertragsartikel 13. Die Debatten waren äußerst lebhaft und die Regierung wurde von der Linken stark angegriffen.

Hannover, 26. Nov. Eine Bekanntmachung des Generalgouverneurs erklärt: Es ist zu meiner Kenntniß gekommen daß sowohl Unteroffiziere wie Soldaten der ehemaligen hannover'schen Armee von ihren früheren Vorgesetzten mit Weisungen in Bezug auf ihr Verhalten versehen wurden, für den Fall dieselben zum Eintritt in die preußische Armee beordert werden sollten. Um mißverständlichen Auffassungen vorzubeugen und im Interesse der Unteroffiziere und Soldaten erkläre ich hiermit, daß kein Offizier der ehemals hannover'schen Armee berechtigt ist, irgend einem seiner früheren Untergebenen Befehle zu ertheilen, er sich vielmehr hierdurch einer strafbaren Handlung schuldig machen würde, und daß somit alle derartigen etwa schon ergangenen Befehle null und nichtig sind. — Wie die Volkszeitung mittheilt, hatten die früheren Regimentscommandeure ihre Unteroffiziere zu sich beschieden, um sie vor übereilten Schritten zu warnen und ihnen zu erklären, daß man auch ferner ihr Interesse wahrnehmen würde. — Nicht weniger, wie in den militärischen Angelegenheiten, kommt es jetzt auch in Sachen des Königs Georg zu vollem Ernst. Nicht wie früher durch das Finanz-Departement, sondern unmittelbar hat heute das General-Gouvernement in einer Warnung vor dem Ankaufe der Staats-Effecten gewarnt, die von Geschäftshäusern gegen Darlehen aus der Generalcasse deponirt waren und die ebenfalls mit nach London gewandert sind. Daneben melden unsere Blätter, daß alles Eigenthum des Königs im weitesten Umfange, auch Pferde und Wagen des königl. Marstalls, die Schlösser sammt dem Mobiliar und Inventar, bis auf Messer und Gabeln herab, mit Beschlag belegt ist. Aus der Kron- und Kron-Schatullcasse erfolgen vorerst keine Zahlungen mehr.

Berlin, 28. Nov. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit den Besoldungserhöhungen. Der Abgeordnete Duncker beantragte, die für die Gehaltsverbesserung der Oberbeamten bestimmten 50,300 Thlr. den Unterbeamten zuzuweisen. Dieser Antrag wurde angenommen. Betreffs des Nord-Ostsee-Canals erklärte der Handelsminister, die Voranschläge seien bis in die kleinsten Details ausgearbeitet und sobald 30 Millionen Thaler vorhanden wären, könnte der Bau begonnen werden. Der Staat werde hierzu vielleicht einige Millionen à fond perdu hergeben und höchstens eine Anzahl Actien, aber keine Garantie für das ganze Baucapital übernehmen.

Berlin, 28. Nov. Die „Kreuzzeitung" meldet: „Mit der Vereidigung der Beamten in den neu erworbenen Landestheilen wird nach Art des preußischen Beamteneides baldigst vorgegangen werden." — Der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge bezieht sich die Anwesenheit des Landraths v. Madai in Berlin auf die Regelung der gegenseitigen Competenzverhältnisse der preußischen Verwaltungs- und der städtischen Behörden in Polizeiangelegenheiten in der Stadt Frankfurt.

Berlin, 29. Nov. Der Krankheits-Anfall des Finanz-Ministers v. d. Heydt, welchen der Minister des Innern gestern in der Kammer erwähnte, war bedeutungslos und ist durch Anwendung von Schröpfköpfen bereits beseitigt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Nov. Der Adreß-Entwurf des niederösterreichischen Landtages spricht sich sehr scharf gegen das Ministerium aus: „Daß die Beseitigung des verfassungsmäßigen Lebens die Sympathieen Deutschlands für Oesterreich erschüttern, den letzten Glauben an seine innere Kraft und seinen Führerberuf in Deutschland vernichten mußte, und daß diese Erkenntniß den begeisterten Aufschwung der deutschen Verbündeten für ihre und Oesterreichs gute Sache lähmte, ist wohl nicht zu bezweifeln. Die Zerrüttung der Finanzen mußte bei einer nun über ein Jahr währenden budgetlosen und controlfreien Regierung in erschreckender Progression wachsen, da den Credit-Operationen bei dem völligen Abgange der beschließenden Mitwirkung einer Volksvertretung immer unübersteiglichere Hindernisse entgegenstehen und man daher zu dem letzten Mittel, der Staatsnoten-Presse, schritt. Die Unsicherheit der staatswirthschaftlichen und politischen Zustände blieb nicht ohne empfindliche Rückwirkung auf die Volkswirthschaft, und selbst der scheinbare Aufschwung einzelner Productionszweige ruht nicht auf einer gesunden Grundlage. Kein freiheitlicher Fort-

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT
http://tudigit.ulb.tu-darmstadt.de/show/Za-140-1866/1080
Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt